B e r i c h t

der

Ständeräthlichen Commission zur Begutachtung der Botschaft des
Bundesrathes über Einführung eines schweiz. Handels-
gesetzbuches.

(Vom 9. Dezember 1864.)

Tit. I

Ihre Commission erklärt sich mit dem Bundesrathe vollständig einverstanden in Betreff der Wünschbarkeit der Einführung eines Handelsgesetzbuches, das für den ganzen Umfang der Eidgenossenschaft Geltung hätte. Die Interessen des zu immer größerer Entwicklung gelangenden Handelsverkehrs erheischen unbedingt ein Vorgehen auf dem Gebiete der Gesetzgebung. Gerade hier tritt aber die Nothwendigkeit einer Einigung für einen möglichst großen Umkreis hervor. Zuvorderst gilt es, diese Einigung wo möglich für den ganzen Umfang unseres Vaterlandes zu erlangen. Die Commission erachtet aber auch ihrerseits, daß der Gedanke einer noch weiter gehenden Vereinigung verschiedener Länder zu einer gemeinschaftlichen Gesetzgebung in Handelsachen ein den Verhältnissen durchaus entsprechender ist, und daher gar wohl eine Zukunft haben dürfte.

Von obigen Ansichten ausgehend, kann sich die Commission nur billigend über das aussprechen, was von Seite des Bundesrathes in Sachen geschehen ist. Nachdem ihm eine bezügliche Motion vom Nationalrathe überwiesen worden war, finden wir es ganz angemessen, daß er die Frage nach allen ihren Seiten durch Experten prüfen und sodann den Entwurf eines Handelsgesetzes durch eine sachverständige Hand ausarbeiten ließ. Dieser Entwurf ist der Deffentlichkeit übergeben worden, und es entsteht nun die Frage, wie in Sachen weiter solle vorgeschritten werden. Die Commission muß in Uebereinstimmung mit dem Bundesrathe finden, daß im jetzigen Stadium ein weiteres Vorgehen bei den Kantonen angestrebt werden müsse. Ihnen allein steht die Kompetenz zu, gesetzgeberische Verfügungen in Handelsachen für ihr Gebiet zu treffen und sich mit andern Kantonen über gemeinschaftliche Einführung von solchen zu einigen. Weitere Maßnahmen der Bundesversammlung wären

also nicht gerade nöthig. Inzwischen erachten wir, es sei allerdings nicht unangemessen, wenn sich die oberste Behörde des Landes über einen so wichtigen und das ganze Vaterland umfassenden Gegenstand ausspreche, und gegenüber den Kantonen ihren Ansichten Ausdruck gebe. Die Commission ist daher grundsätzlich mit dem Bundesrathe über eine bezügliche Beschlußfassung einverstanden. Sie schlägt Ihnen bloß vor, der Ziffer 1 des Entwurfs eine etwas abgeänderte Redaction zu geben, die ihrer Ansicht nach der Sachlage und der Stellung der Bundesbehörden besser entspricht, als die vom Bundesrathe vorgeschlagene.

Was die Ziffer 3 des Beschlußentwurfs anbelangt, so dürfte man vielleicht fragen, ob dieselbe ihrer dermaligen geringen Tragweite halber nicht noch hätte dahingestellt bleiben sollen. Inzwischen sieht sich die Commission nicht zu einem Antrage auf Weglassung dieses Absatzes veranlaßt.

Genehmigen Sie, Tit., die Versicherung unserer vollkommensten Hochachtung.

Bern, den 9. Dezember 1864.

Die Commission ad hoc, *)
und in deren Namen,
Der Präsident:
A. Stähelin-Brunner.

-
- *) Die Commission war zusammengesetzt aus den Herren:
A. Stähelin-Brunner, in Basel.
Dr. J. J. Blumer, in Glarus.
R. Meyer, in Luzern.
H. Camperio, in Genf.
L. Smür, in St. Gallen.

Note. Die von der Commission vorgeschlagene Redaction der Ziffer 1 des Beschlußentwurfs lautet also:

„Die Bundesversammlung erklärt, sie erachte es als im wohlverstandenen Interesse der Eidgenossenschaft liegend, daß sich die Kantone „für Erstellung eines schweizerischen Handelsgesetzbuches verständigen.“

Der Bundesrath beantragte:

„Die Bundesversammlung spricht den lebhaften Wunsch aus, daß „die Kantone sich für Erstellung eines schweizerischen Handelsgesetzbuches „verständigen möchten.“

Am 10. Dezember 1864 hat der Ständerath den Antrag seiner Commission angenommen. Beim Nationalrathe ist die Angelegenheit noch zu behandeln.

Verbalprozeß

über

die Auswechslung der Ratifikationen der in Genf abgeschlossenen Uebereinkunft zur Verbesserung des Looses der im Kriege verwundeten Militärs.

(Vom 22. Dezember 1864.)

Die Unterzeichneten, welche zur Auswechslung der von ihren Souveränen erhaltenen Ratifikationen der in Genf zwischen den Bevollmächtigten der hohen Regierungen von Baden, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Hessen (Großherzogthum), Italien, den Niederlanden, von Portugal, Preußen, der Schweiz und von Württemberg am 22. August 1864 abgeschlossenen Uebereinkunft zur Verbesserung des Looses der im Kriege verwundeten Militärs zusammengetreten waren,

nachdem sie die vorgelegten Ratifikationsinstrumente in guter und gehöriger Form befunden, haben die gedachte Auswechslung in der Weise vorgenommen, daß jeder Staat einem jeden seiner hohen Mitkontrahenten eine Ratifikationsurkunde gegen ähnliche ihm dafür zukommende Ratifikationen einzuhändigen hatte.

Zugleich und mit Rücksicht auf Art. 9 der Uebereinkunft, welcher festsetzt, daß für den Beitritt derjenigen Regierungen, welche beim Kongreß sich nicht vertreten lassen konnten, das Protokoll offen gehalten werde, wurde vereinbart, daß für spätere Beitrittserklärungen folgendes Verfahren beobachtet werden solle:

Solche Beitrittserklärungen verbleiben im Archiv der Schweiz. Eidgenossenschaft, welche davon einer jeden der kontrahirenden Mächte eine gehörig beglaubigte und besiegelte Ausfertigung zustellen wird, und es hat jede Macht im Namen des Souveräns ministeriell darauf zu antworten.

Zur Urkunde dessen haben die Unterzeichneten den gegenwärtigen Verbalprozeß ausgestellt und demselben ihr Wappenstege! beigebrukt.

Also geschehen in Bern, in achtfacher Ausfertigung, den 22. Dezember 1864.

Die Bevollmächtigten :

der Schweiz. Eidgenossenschaft: Dr. J. Dubs.

des Großherzogthums Baden:

Für den badischen Bevollmächtigten: von Kampf.

des Königreichs Belgien: J. Greindl.

" " Dänemark: L. F. Schmid.

" " Spanien: J. Heriberto Garcia
de Quevedo.

" Kaiserreichs Frankreich: Turgot.

" Königreichs Italien: L. Joannini.

" der Niederlande: Dr. J. Dubs.

(Herr Generalkonsul Faesi, welcher wegen Unpäßlichkeit nicht persönlich der Konferenz beiwohnen konnte, hat seine Vollmachten dem Herrn Bundespräsidenten Dubs übertragen, weshalb derselbe im Namen des Generalkonsuls der Niederlande unterzeichnete.)

Verbalprozeß

über

Fristverlängerung für Auswechslung der Ratifikationen der Uebereinkunft zur Verbesserung des Looses der im Kriege verwundeten Militärs.

(Vom 22. Dezember 1864.)

Bei Auswechslung der Ratifikationen zu der von den Bevollmächtigten von Baden, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Hessen (Großherzogthum), Italien, den Niederlanden, von Portugal, Preußen, der Schweiz und von Württemberg am

22. August 1864 in Genf unterzeichneten Uebereinkunft zur Verbesserung des Looses der im Kriege verwundeten Militärs hat es sich gezeigt, daß die Ministerien des Königreichs Württemberg und des Großherzogthums Hessen mit Noten vom 30. November und 15. Dezember dem Schweiz. Bundesrath erklärt haben, daß sie eine Entschliebung der hohen deutschen Bundesversammlung abwarten müssen, bevor sie die Ratifikation der gedachten Uebereinkunft aussprechen können, und daß der Generalkonsul von Portugal in Genf wegen Abwesenheit von seinem Posten die Einladung des Bundesrathes zur Ratifikationsauswechslung nicht rechtzeitig erhalten konnte.

Diesen Umständen Rechnung tragend, und mit Rücksicht darauf, daß der Repräsentant Preußens wissen ließ, sein Souverän habe der Uebereinkunft die Ratifikation ertheilt, hingegen sei die Ausfertigung der Instrumente und deren Zusendung in der im Art. 10 der Uebereinkunft festgesetzten Frist nicht möglich gewesen, weshalb er eine Verlängerung dieser Frist nachsuchen müsse;

sind die anwesenden und unterzeichneten Repräsentanten übereingekommen, daß die im Artikel 10 der Uebereinkunft für die Auswechslung der Ratifikationen anberaumte Frist um drei Monate, nämlich bis zum 22. März 1865, verlängert werde zu Gunsten derjenigen hohen Staaten, die an der heutigen Verhandlung nicht Theil genommen haben, und daß man am letztgenannten Tage nochmals zum Behuf der abschließlichen Verhandlung zusammentreten werde.

Zur Urkunde dessen haben unterzeichnet zu Bern, den 22. Dezember 1864, unter Beidrufung ihres Wappensiegels,

(Folgen die Unterschriften gleich dem ersten Protokoll.)

**Bericht der ständeräthlichen Kommission zur Begutachtung der Botschaft des
Bundesrathes über Einführung eines schweiz. Handelsgesetzbuches. (Vom 9. Dezember
1864.)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1865
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	01
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	07.01.1865
Date	
Data	
Seite	15-19
Page	
Pagina	
Ref. No	10 004 652

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.